



Das Strohfeuer erlischt

Griechenland wurde sog. «teilentschuldet». Plakativ auf Kosten der sog. «kommerziellen Gläubiger», also der Geschäftsbanken. Die Reaktion auf dieses «EU-Entschuldungsdiktat» war voraussehbar: Anleger meiden seither Staatspapiere wie der Teufel das Weihwasser.

Denn, so die nachvollziehbare Kalkulation kommerzieller Anleger: Wenn existenzbedrohlich verschuldete Staaten die Guthaben von Banken bei überschuldeten Regierungen einfach streichen können, darf man um des eigenen Überlebens willen solchen Staaten keine Kredite mehr geben.

Geschröpft werden die Steuerzahler

Obwohl – diese Massnahme wurde allerdings sorgfältigst getarnt – die Banken eigentlich mit blauem Auge davonkommen. Französische und deutsche Banken wären von der Streichung griechischer Schulden weitaus am stärksten betroffen. Die Löschung ihrer Griechen-Guthaben hätte mehrere in die Pleite getrieben. Weil sich Nicolas Sarkozy im Präsidentschaftswahlkampf Bankpleiten nicht leisten kann, setzte er die Erhaltung der vom griechischen Schuldenerlass betroffenen Banken durch **Staatsgarantien** durch. Weil die «Garantien» leistenden Staatskassen aber gähmend leer sind, kommen zwangsläufig die **Steuerzahler** (äusserst massiv) zum Zug.

Draghis «Dicke Berta»

Auf dass die – gelegentlich auch als Wähler benötigten – Steuerzahler den üblen **Raubbau** zu ihren Lasten nicht durchschauen, liess Mario Draghis Europäische Zentralbank (deren Eigenkapital von 50 Milliarden Euro längst restlos aufgebraucht ist) die Geschäftsbanken Europas in zwei Etappen mit sage und schreibe **1'020 Milliarden Euro** zum **Niedrigstzins** fluten – aus dem baren Nichts, allein durch Anwerfung der **Notenpresse** (welche in Deutschland in Anlehnung an die im Ersten Weltkrieg ebenfalls erfolglos eingesetzte Mammut-Kanone neuerdings «Dicke Berta» genannt wird). Diese Flutung sollte die Banken veranlassen, mit den ihnen zugehaltenen Billig-Milliarden wieder griechische, spanische, portugiesische,

italienische, französische, also marode Staatspapiere zu kaufen – zu ihnen von den EU-Funktionären befohlenen Tiefzinsen.

Ein kurzes **Strohfeuer** folgte: Die EU hat die zinsgünstige Teil-Umschuldung Spaniens und Italiens anfangs 2012 jedenfalls lauthals gefeiert – als Anfang vom Ende der Überschuldungskrise. Doch das Strohfeuer ist bereits wieder erloschen. Niemand will Staatspapiere. Deshalb steigen deren Zinsen trotz der exorbitanten Flutung der Finanzmärkte durch Draghis «Dicke Berta» wieder deutlich. Eigentlich wurde damit bloss der **Euro-Schuldenberg** zulasten der Steuerzahler innert drei Monaten um eine gute Billion Euro vergrössert...

Zwangsmassnahmen oder Gold

Jetzt folgen Zwangsmassnahmen: Die EU-Staaten zwingen ihre staatlichen Pensionskassen, marode Staatspapiere zu kaufen. In Portugal werden die Pensionskassen-Gelder sogar vom Staat eingezogen.

Angesichts solcher Entwicklungen ist jeder Steuerzahler und Sparer, der den räuberischen EU-Staatsfunktionären noch glaubt, schlicht selber schuld.

Wer der Schweiz das tödliche Schulden-Schlamassel ersparen will, muss mit allen Mitteln dafür sorgen, dass die **Goldreserven der Nationalbank** als **Fundament eines soliden Frankens** intakt bleiben. Dafür wurde die Gold-Initiative «Rettet unser Schweizer Gold» lanciert. Und jeder Einzelne muss sein Vermögen mit wertbeständigen Sachwerten sowie mit Edelmetall – also Gold – absichern. Allein dies erspart ihm Totalverlust in der EU-Schuldenhöhle.

Ulrich Schlür